

## **"Zwei Generationen - eine Zukunft" - Erklärung von Accra**

Wir, eine Gruppe von jungen Führungspersonlichkeiten aus Afrika und Deutschland, sind in Accra zusammengekommen, um das Verständnis dafür zu vertiefen, welche Probleme wir gemeinsam haben. Wir wissen die Chance zu schätzen, gemeinsame Anliegen mit führenden Persönlichkeiten aus Afrika und Deutschland zu erörtern, die uns das Forum "Partnerschaft mit Afrika" bietet.

Wir sind entschlossen, Kontakte aufzubauen und zu festigen, die wir in dem Bemühen gewinnen konnten, die dringendsten Probleme anzugehen, denen unsere Länder in einer gemeinsamen Welt gegenüber stehen. Wir sind davon überzeugt, dass wir den heutigen Herausforderungen nur durch eine Partnerschaft unter Gleichen begegnen können.

### **Unsere gemeinsamen Anliegen**

#### **Umwelt und natürlicher Lebensraum**

Es liegen erdrückende Beweise dafür vor, dass die Treibhausgasemissionen durch die Industrialisierung und das Wirtschaftswachstum der Weltbevölkerung, die sich innerhalb von 200 Jahren sechsfacht hat, zu einer Erderwärmung mit irreversibler Dynamik führen. Dieser Herausforderung können sich nicht mehr nur einzelne Staaten oder einzelne Regierungen im Alleingang stellen.

Wir erkennen die Bedeutung von Vereinbarungen und internationalen Initiativen an, etwa des Übereinkommens über biologische Vielfalt, des Rahmenabkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen und des Kyoto-Protokolls. Darüber hinaus stellen wir fest, dass die afrikanischen Staaten einen beträchtlichen Beitrag geleistet haben, indem sie als freiwilliges Geschenk an die Weltgemeinschaft bis zu 30 % ihres Territoriums in Schutzgebiete umgewandelt haben.

Es bestehen jedoch weiterhin schwer wiegende Defizite: Auf nationaler Ebene gelingt es den Regierungen nicht, Umweltpolitik um- und durchzusetzen. Korruption, Egoismus und Kurzsichtigkeit seitens der Regierungen und privater Unternehmen untergraben immer noch die Durchsetzung von Gesetzen und Vorschriften im Umweltbereich.

#### **Alltägliche Gewalt und bewaffnete Konflikte**

Gewalt und bewaffnete Konflikte in unseren Gesellschaften speisen sich häufig aus dem Unvermögen unserer Regierungen, für Recht und Ordnung, für die Sicherheit der Bürger und für grundlegende öffentliche Güter zu sorgen. Die Regierungen provozieren Konflikte durch die vorsätzliche politische und wirtschaftliche Ausgrenzung und Marginalisierung von einzelnen Gruppen der Gesellschaft. Die Hauptlast der Folgen dieses Verhaltens tragen junge Menschen, und mitunter sind sie leicht für die gewalttätigen Methoden zu gewinnen, die sich nichtstaatliche Akteure zu eigen gemacht haben, darunter militante ethnische Gruppen, Aufständische, separatistische Bewegungen und bewaffnete Gruppierungen, insbesondere dann, wenn es Staaten nicht gelingt, ihre Pflichten gegenüber ihren Bürgern zu erfüllen.

Gewalt trifft auch Bürger, insbesondere diejenigen, die traditionell oder aufgrund ihres Geschlechts benachteiligt sind, und kann wiederum zu mehr Gewalthandlungen führen.

#### **Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten**

Unangemessene und in weiten Teilen fehlende Möglichkeiten formeller und informeller Bildung sind ein Grund für die hohen Arbeitslosenzahlen in den Staaten Afrikas. Die Lehrer sind oft unzureichend ausgebildet, nicht angemessen entlohnt, und ihre Bemühungen werden selten anerkannt, so dass die Arbeitsmoral niedrig ist. Die Unterrichtsqualität leidet auch an überfüllten Klassen, dem Mangel an Lehrmaterialien und maroder Infrastruktur.

Diese Probleme gehen einher mit unzureichender Aufmerksamkeit und Finanzierung für berufliche Bildung und Weiterqualifizierung, einem fehlenden Ansehen für technische und Ausbildungsberufe und dem Unvermögen, junge Menschen dazu zu bewegen, diese Berufe zu ergreifen. Es besteht auch ein Missverhältnis zwischen den Qualifikationen, die in den gängigen Ausbildungsgängen vermittelt werden, und den auf dem Arbeitsmarkt nachgefragten, mit denen Wirtschaftswachstum und neue Arbeitsplätze geschaffen werden könnten.

#### **Politische Partizipation**

Ein Drittel der Bevölkerung Afrikas ist zwischen 12 und 24 Jahren alt. Somit ist die Mitwirkung der jungen Generation in der Politik eine berechtigte und dringende Forderung.

Junge Menschen kennen die Anliegen ihrer Generation und können neue Ideen in die Politik einbringen. Häufig fehlen ihnen jedoch Möglichkeiten und Perspektiven, um die Bedingungen zu beeinflussen, die ihr Leben prägen. Die Jugendlichen werden heute in die Politik im Grunde gar nicht einbezogen. Lokal-, Regional- und auch Landespolitikern gelingt es allzu häufig nicht, die Bedürfnisse dieser wichtigen gesellschaftlichen Gruppe zu berücksichtigen.

Die Institutionen, die geschaffen wurden, um die Einbeziehung von jungen Menschen zu erleichtern, funktionieren häufig nicht und werden schlecht verwaltet. Durch die Integration der jungen Generation kann sich jedoch die Wandlung dieser jungen Menschen vom passiven Empfänger öffentlicher Leistungen zum aktiven Staatsbürger vollziehen.

### **Empfehlungen**

Die Persönlichkeiten, die in Accra zusammengekommen sind, möchten wir dazu auffordern, die folgenden Vorschläge zur Umsetzung in Betracht zu ziehen.

#### **Umwelt und natürlicher Lebensraum**

- Eine umfassende Einflechtung von Umweltthemen in den African Peer Review Mechanism von NEPAD, damit Regierungen für ihre Umweltpolitik zur Verantwortung gezogen werden können.
- Regierungen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sollen ihre Versprechen zur Bewahrung der biologischen Vielfalt und zum Kampf gegen den Klimawandel erfüllen. Darüber hinaus empfehlen wir die Schaffung von Instrumenten, die die Einhaltung überwachen, sowie effektive nationale und internationale Sanktionsmechanismen.
- Die Beachtung aller Empfehlungen zur UN-Dekade "Bildung und nachhaltige Entwicklung" muss gesetzlich vorgeschrieben werden; sie müssen Eingang in die Lehrpläne von Schulen finden.
- Gründung eines effizienten weltweiten Transferzahlungssystems für öffentliche Güter, analog dem Emissionshandel für Treibhausgase, für den bereits ein System geschaffen wurde.

#### **Alltägliche Gewalt und bewaffnete Konflikte**

- Stärkung des Rechtsstaats durch eine umfassende Reform staatlicher Institutionen, z. B. der Polizei - einschließlich Community-Policing (Bürger- und gemeinwesenorientierte Polizeiarbeit) -, der Beamtenschaft und der Justiz, um diese transparent zu gestalten, ihnen zu höherem Verantwortungsbewusstsein zu verhelfen und ihnen ein menschlicheres Antlitz zu verleihen.
- Unterzeichnung und Umsetzung von Übereinkünften zum Schutz und für die Sicherheit junger Menschen, etwa des Übereinkommens über die Rechte des Kindes sowie weiterer Übereinkünfte, um die Anwerbung von Kindersoldaten und die Verbreitung von Kleinwaffen zu stoppen.
- Förderung von Maßnahmen zur Lösung migrationsbedingter Konflikte, wobei die Sicherheit und Würde der Menschen gewahrt bleiben muss.
- Friedenserziehung und Staatsbürgerkunde sollten in die Lehrpläne von formellen und informellen Bildungseinrichtungen aufgenommen werden. Schaffung eines Rahmens zur Integration junger Menschen in Form von Beschäftigung wie auch zivilgesellschaftlichen und anderen sinnvollen Aktivitäten.
- Aufbau und Stärkung der Kapazitäten der Zivilgesellschaft, damit sie in einzelnen Staaten sowie auf überregionaler Ebene frei agieren kann. Die Gesetze und Vorschriften, welche die NROs betreffen, sollten einem unabhängigen und effizienten Engagement genug Raum lassen.

#### **Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten**

- Die NEPAD-Initiative "Education for All" muss umgesetzt werden, damit eine kostenfreie und obligatorische Grundbildung für jedes Kind gesichert ist; besonderes Augenmerk verdienen dabei Benachteiligte, wie Mädchen, von HIV-/AIDS betroffene junge Menschen im ländlichen Raum und Opfer von Gewaltkonflikten.
- Verbesserung der Ausbildung und Anerkennung der technischen und beruflichen Bildung, mit einer Finanzierung durch eine Abgabe auf den Gewinn aller in Afrika tätigen Unternehmen.
- Aufnahme von Unternehmertum in afrikanische Lehrpläne und die Beseitigung von Barrieren, die neuen Unternehmen den Marktzugang erschweren.
- Einführung eines Systems zur Zertifizierung der Qualität afrikanischer Universitäten, um diese dem internationalen Standard anzunähern, analog zum "Bologna-Prozess" in Europa.
- Begründung einer Initiative für "Centres of Excellence" an den Universitäten Afrikas, unter der Leitung von NEPAD. Ziel ist die Schaffung von Anreizen, um die Qualität der Hochschulbildung zu verbessern.

#### **Politische Partizipation**

- Förderung des Austauschs von Informationen über bestehende nationale und internationale Initiativen, mit denen die Teilhabe der jungen Generation gestärkt wird.

- Umsetzung der Jugendcharta der Afrikanischen Union (AU) in all ihren Mitgliedsstaaten. Überwachung der Umsetzung von Übereinkünften und Vereinbarungen in nationales Recht sowie deren Beachtung auf nationaler Ebene.
- Förderung von Institutionen, die sich für die Teilhabe junger Menschen auf allen Ebenen des Staats einsetzen - insbesondere auf lokaler Ebene, denn diese besitzt für die meisten jungen Menschen die größte Bedeutung.
- Begründung eines panafrikanischen Youth-Leadership-Programms, an dem erfahrene Führungspersonlichkeiten, die sich als Demokraten bewährt haben, beteiligt werden.
- Die Förderung einer Beteiligung junger Menschen an bestehenden deutsch-afrikanischen Partnerschaftsinitiativen ist zu unterstützen. Zu diesen Initiativen zählen Partnerschaften zwischen Schulen und Universitäten sowie Partnerschaften zwischen Städten und Gemeinden, welche Jugendbeiräte fördern. Auch Praktikumsplätze bei politischen Einrichtungen und NGOs müssen angeboten werden.
- Begründung von Jugendkonferenzen im Vorfeld jeder Konferenz von Staatsoberhäuptern, die mit Afrika in Zusammenhang steht, um auch die Meinung junger Menschen in die Diskussionen einfließen zu lassen.
- Bekämpfung von Korruption und Misswirtschaft, die einer effektiven politischen Teilhabe - insbesondere junger Menschen - im Wege stehen. Nicht nur die afrikanischen Länder, sondern auch Deutschland und andere Industriestaaten müssen ihre Verantwortung, die Korruption in Afrika zu bekämpfen, ernst nehmen. Deutschland muss das OECD-Übereinkommen über die Bekämpfung der Bestechung umsetzen und anwenden.

Wir sind dankbar für die Möglichkeit, die uns bei der Zusammenkunft in Accra geboten wurde, diese Anliegen und Vorschläge einigen von den Menschen vorzutragen, die in Afrika und in Deutschland Verantwortung tragen. Jeder einzelne von uns hat durch seine oder ihre Erfahrungen im gemeinsamen Nachdenken und Arbeiten den Wert der Partnerschaft zwischen Deutschland und Afrika zu schätzen gelernt. Dieser Partnerschaft fühlen wir uns auch künftig in hohem Maße verpflichtet.

